

## **Freiheit und Spielregeln**

Freiheitliche Gesellschaften müssen sich wieder klar werden über die Voraussetzungen aber auch über die Gefährdungen ihrer freiheitlichen Existenz.

Manche Gesellschaften befinden sich geradezu im freien Fall. Religiöser Fundamentalismus hat überall auf der Welt Aufschwung bekommen, das Muster Stamm und Religion behindert an vielen Orten die Orientierung in die Zukunft. Es gibt ganze Staaten, die sozusagen als Familienunternehmen geführt werden und die keine wirklichen unabhängigen Institutionen herausbilden. Manche Konflikte kommen aus großen geschichtlichen Tiefen. An manchen Orten werden ganz alte Landkarten wieder aufgeschlagen. Geschichtliche Trümmer sind nicht überall ordentlich beiseite geräumt worden.

Diktaturen beherrschen weltweit noch eine große Zahl von Völkern. Die weltweite Ächtung der Todesstrafe ist zu Beginn eines neuen Jahrtausends immer noch nicht erreicht, auch nicht in allen Demokratien. Es gibt sowohl noch Rassismus, als auch Pressezensur und Unterdrückung freier Meinungsäußerung. Armut und Hoffnungslosigkeit verhindern in weiten Teilen der Erde immer noch die Teilhabe vieler Menschen an Freiheit und Chancen. Politische Repression und Folter sind vielerorts auf der Tagesordnung. Frauen werden in bestimmten Kulturen unterdrückt, Kinder viel zu oft nicht zur Schule geschickt, wenn es überhaupt eine gibt.

Krisen kommen auch nicht sauber geordnet nacheinander. Internationale Verteilungskämpfe um Energie und Wasser, Flüchtlingsströme, Umweltzerstörung, Zerstörung von ganzen Gesellschaften durch Krankheiten können und haben schon erhebliche Ausmaße erreicht. Es kann sich aus vielen Zutaten eine höchst gefährliche Chemie entwickeln.

Die Globalisierung macht Probleme anderer auch zu unseren Problemen. Sie bringt Chancen, aber auch Risiken mit sich. Sie erzwingt Öffnung und

sie erfordert verantwortliche, politische Teilhabe. Wie sich ein Land zu den internationalen Beziehungen verhält, sagt auch etwas über den Charakter seiner Gesellschaft und seiner politischen Führung aus. Eine verantwortungsvolle politische Führung ist nicht überall gegeben.

Reife, aufgeklärte Gesellschaften haben sich noch nicht überall entwickelt. Aufklärung und Menschenrechte setzen sich nicht von selber durch. Prinzipien des good governance muss noch vielerorts Geltung verschafft werden.

Länder die sich der Globalisierung stellen, können ihre Ressourcen besser nutzen und entwickeln Kompetenz im Wandel. Diejenigen, die sich ihr verschließen, schaffen weniger sozialen Ausgleich und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit und werden meistens politisch und gesellschaftlich instabil. Unter den abgeschotteten Wirtschaften sind im Übrigen auch die größten Menschenrechtsverletzer. Nicht weltweit um sich greifende Marktwirtschaft, sondern gerade der Mangel an Markt ist die Ursache für die Probleme vieler Länder.

Es geht auch nicht um einen Kampf der Kulturen. Es sind nicht immer nur die anderen Schuld am eigenen Unvermögen. Es geht um die eigene Fähigkeit der Modernisierung von und in Gesellschaften. Krisen haben ihre Ursachen nicht in der Globalisierung. Sie haben sie vor allem in der Unklarheit regionaler politischer, kultureller und gesellschaftlicher Bedingungen damit umzugehen. Die Globalisierung ist kein Schicksal, sie ist eine Chance. Sie ist im Menschen geschaffen und Menschen können sie so gestalten, dass aktive Teilhabe gewährleistet wird.

An dieser Arbeit beteiligt sich mit ihren Möglichkeiten die Friedrich-Naumann-Stiftung weltweit. Sie arbeitet in 61 Ländern, sie bearbeitet vielfältige Projekte und Initiativen zum Aufbau von Bürgergesellschaften und demokratischen Strukturen, sie setzt sich für Menschenrechte ein. Sie will dazu beitragen, dass freiheitlich denkende Persönlichkeiten mehr und mehr Chancen bekommen und dass politische Landschaften entstehen, die aktive Teilnahme ermöglichen und in denen Liberale eine freiheitliche

Politik entwickeln können. Mit den Beschleunigungsverhältnissen unserer Zeit zurecht zukommen, universales Wertebewusstsein zu pflegen und zu vermitteln und weltweit zu stabilen Gesellschaften beizutragen, sind Hauptaufgaben des internationalen Engagements der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Internationale Politik braucht Werteorientierung, Mut und Verantwortung. Immer geht es um Ethik und Macht, um Hilfe oder Wegschauen, um Legitimität und Unrecht um Menschen. Ihnen gilt es am Ende zu helfen, vor allem wenn ihnen ihr eigenes Land nicht helfen will oder sie sogar selbst zu Opfern macht. Die Menschen und Staaten, die frei sind, haben eine besondere Verantwortung, anderen zur Freiheit zu verhelfen. Nur so bleiben sie auch selbst frei und sicher.

Die freie Entfaltung von Menschen braucht einen Staat, der Frieden und Sicherheit gewährleistet. Wir brauchen Regeln, wenn die Freiheit Bestand haben soll. Die Sicherheit der Bürger und ihr subjektives Sicherheitsgefühl sind unverzichtbare Grundlage einer stabilen Demokratie. In einer liberalen Rechts- und Verfassungsstruktur stehen Sicherheit und Freiheit nicht in einem Konkurrenzverhältnis. Sicherheit ist kein Feind der Freiheit, Sicherheit ist die Voraussetzung für die Teilhabe an Freiheit.

Aber: Nicht der Staat gewährt den Bürgern gnädigerweise Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zur Wahrung der Rechte aller.

Zu einer Rechtsordnung, die der Bürger als richtig und gerecht anerkennt, gehören ihre Durchsetzung und damit der Schutz vor Straftaten und vor Kriminalität. Der Staat muss daher über die geeigneten Mittel verfügen, um das staatliche Gewaltmonopol konsequent durchsetzen zu können. Die Behörden müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, die bestehenden Gesetze konsequent zu vollziehen. Innere Sicherheit und die Bekämpfung der Kriminalität auf nationaler und internationaler Ebene sind

unabdingbare Voraussetzungen für den Erhalt der Freiheit und des sozialen Friedens.

Der Staat darf aber nicht alles. Gläserne Kunden, gläserne Patienten, gläserne Steuerzahler, das ist die nicht die liberale Vorstellung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Die innere Sicherheit kann nur durch den Rechtsstaat verteidigt werden. Nur auf seinen Prinzipien und nicht gegen ihn. Der private Lebensentwurf, die eigenen vier Wände, die Reisen, die Freundschaften und Beziehungen, das Bankkonto, die freie wirtschaftliche Bestätigung der Bürgerinnen und Bürger kann nicht einer lückenlosen Überwachung durch den Staat unterliegen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist ein wichtiges Standbein der Sicherheit und nicht die imperialen staatlichen Ausflüge in die Privatheit und Freiheit der Menschen.

Wir sind das, was wir tun. Und wir sind das, was wir versprechen niemals zu tun. Wenn wir ein freiheitlicher Rechtsstaat bleiben wollen, dann dürfen wir die ethische Überlegenheit des Rechtsstaates nicht preisgeben. Der Westen als politisches Programm muß bei der Bekämpfung des Terrorismus genau darauf achten, denn nichts hat das ansehen der USA mehr beschädigt als Guantanamo und Abu Ghraib.

Spielregeln sind aber nur eine Dimension der Voraussetzung freiheitlicher Gesellschaften. Verhältnismäßigkeit ist immer noch und bleibt immer noch ein Prinzip staatlichen und dann am Ende auch polizeilichen Handelns so gut auch immer alles gemeint sein mag. Sicherheit umfasst soziale wie physische Sicherheit. Sie umfasst auch die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, die nicht mehr zukunftsfähig und nicht mehr generationsgerecht sind. Es geht auch um Bildung und Ausbildung, überhaupt um Chancen und Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben in Freiheit. Vor allem in der Gestaltung von Chancen. Sicherheit erfordert eine vorgreifliche Politik und Erneuerungsbereitschaft statt Risikoaversion.

Der Staat muss seinen Bürgern Wahlmöglichkeiten geben. Er muss Systeme wettbewerblich organisieren. Er soll sich nicht für klüger halten als die

Bürger selbst. Wann er es versucht, überfordert er sich und ist am Ende zu Inkompetenz verurteilt. Nichts ist gefährlicher, als die Überforderung des Staates. Der Staat kann nicht alles, er tut nur so.

Staat und privat, Bundestag und Bundesrat, Parlamente und Gesetzgeber, das ist nicht schon die Sache selbst. Eine geschriebene Verfassung allein reicht nicht aus, sie ist kein Selbstläufer. Um die mentale Verfassung einer Gesellschaft geht es, wenn Freiheit Bestand haben soll.

Thomas Jefferson schrieb 1776 in Unabhängigkeitserklärung „that all men are created equal“, dass alle Menschen gleich erschaffen sind. Ein Satz mit politischer Sprengkraft, damals wie heute. Dieser Satz heißt allerdings nicht, dass alle Menschen unabhängig von ihrer genetischen Disposition und ihrer daraus erwachsenen Talente und Fähigkeiten vollständig gleich sind. „Wenn alle Menschen gleich wären, würde einer im Prinzip genügen.“, schrieb der polnische Dichter Stanislaw Lee.

Ein Blick ins Wörterbuch lehrt uns, dass die Definition des Wortes „gleich“ bedeutet, dass „es eine Übereinstimmung bei bestimmten Merkmalen“ gibt, also eine „größere Ähnlichkeit“. Die Rede ist nicht von der Gleichheit aller Menschen, sondern von der „Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit aller Menschen“ vor allem von der Gleichheit vor dem Gesetz. Das ist das was Jefferson meinte, dass viele heute so falsch verstehen. In Deutschland wird daraus ein Gleichheitsideal abgeleitet, das als „soziale Gerechtigkeit“ definiert wird. Das heißt überspitzt: Gleich sind wir nur, wenn alle das gleiche haben, und das nennen wir dann: sozial gerecht. Dieses falsch verstandene Gleichheitsideal, das im Prinzip eher ein sehr kurzatmiges Wohlstandsideal ist und das in Deutschland häufig anzutreffen ist, ist das Kennzeichen von Neidvermeidungsgesellschaften. Das sind aber keine freien Gesellschaften. Im Gegenteil: Solche Gesellschaften machen sich ärmer und nicht reicher durch Gleichheit. Sie vergeuden Talente durch Missgunst. Mit der Gleichheitsidee machen sie mobil gegen die Idee der Freiheit, die Idee des Wettbewerbs und die Idee der Chancen und der persönlichen Verantwortung für das Tun und Lassen.

In einer freien Gesellschaft müssen Menschen sich gemäß ihren Fähigkeiten auch frei entwickeln und freie Entscheidungen treffen können. Das heißt damit auch, dass der eine schneller oder besser sein kann, als der andere. Gerecht heißt in dieser freien Gesellschaft folgerichtig, dass alle Menschen, weil sie gleichwertig sind, Chancengerechtigkeit erfahren sollen. Der Staat eröffnet seinen Bürgern Chancen, garantiert ihnen aber nicht den Erfolg.

Das deutsche Bürgertum war es selbst, so schrieb Rainer Hank, dass in ständiger Angst vor dem Missbrauch der Freiheit seiner Mitbürger lebte. Zusammen mit der Linken habe es dem Staat immer mehr vertraut, als dem Markt. „Deshalb sind die großen Parteien in Deutschland auch keine liberalen Parteien. Ihre große Denkkalition lebt in ständiger Angst vor Marktversagen, während die Gefahr des Staatsversagens gering geschätzt wird.“ In oberflächlicher Neoliberalismuskritik geben sie Veränderungswilligen moralische Deckung, bar jeder historischen Kenntnis, eine reine Bedienung von Affekten. Gerade die Vertreter der Freiburger Schule haben den Wettbewerb mit Vorschlägen zu einer fairen Wettbewerbsordnung beschrieben. Weil sie die Entwicklung unkontrollierter wirtschaftlicher Macht nicht wollten, haben sie die Marktmacht einzelner in der Überwachung durch unabhängige Wettbewerbsbehörden begrenzt. Sie haben rechtliche Institutionen wie Vertragsfreiheit und Privateigentum als Grundlage für Verantwortung und Unanhängigkeit niedergelegt.

Dort wo Marktwirtschaft nicht stattfindet, herrscht gerade unkontrollierbare wirtschaftliche und politische Macht. Die geschmäckerische, verbrämt intellektuelle Ablehnung von Markt ist mit hochkondensierter Moral daher kommende Engstirnigkeit.

Soziale Gerechtigkeit ergibt sich am Ende dauerhaft nur über Beschäftigung und dies wiederum über Wachstum und das wiederum über Fähigkeiten und weniger aus einem verteilungsorientierten wohlfahrtsstaatlichen Konzept, wie es jetzt auch zur europäischen Identität hochstilisiert wird. Eine Grotteske im weltweiten Wettbewerb. Als ob es soziale Sicherheit und

Arbeitsplätze sozusagen ohne Wettbewerbsfähigkeit geben würde.

Eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit ist nicht freiheitlich, sie ist zerstörerisch. Eine liberale Ordnung kommt nicht ohne eine befestigte Linie aus. Sie braucht Markierungen, von denen die englische Anthropologin Mary Douglas sagt, sie schaffen dem Menschen schattenreiche Plätze. Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen sie an Traditionen verlieren darf, wie viele „Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein vom Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen.“ Auf ihren Gleichgewichtssinn kommt es an, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit, von Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem. Das alles verlangt den prinzipiellen Verzicht auf eine Wahrheit. Das verlangt Spielregeln.

Freiheitliche Gesellschaften brauchen vor allem gerade aus sich selbst heraus Verbindlichkeiten und ein Bewusstsein für Gemeinsamkeiten für ihr eigenes Zusammenleben und ihre eigene Sicherheit.

Unser Land bleibt neben allen staatlichen Maßnahmen für die Sicherheit seiner Bürger vor allem auf ein Minimum an Gemeinsamkeiten zwischen seinen Bürgern und auf Bindungen angewiesen, die den Gebrauch der Freiheit von innen heraus regulieren. Auf einen Gleichgewichtssinn kommt es in jeder freiheitlichen Gesellschaft an.

Eigener Glaube und eigene Überzeugungen, und seien sie noch so sehr vom tiefen Gefühl ihrer Richtigkeit durchdrungen, müssen Prinzipien beachten, die in unserer Verfassung niedergelegt sind. Sie gilt für alle, die in Deutschland leben wollen, gleich welcher Identität sie für sich in Anspruch nehmen und welches Leben sie führen. Wenn wir sie schützen wollen, kann es keine Toleranz gegen Intoleranz geben. Der Staat selbst muss bei sich selbst für eine „balance of power“ Sorge tragen, im Gerüst der Institutionen wie der staatlichen Ebene.

Freie Gesellschaften, so schrieb Joachim Fest, gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen „die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind“, auf Selbstverbot, auf zivilisierte Regeln, auf Normen, auf Duldung, ja sogar auf Privilegierung von Minderheiten, auf ein System von Vorkehrungen. Nur so ist ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen zu ermöglichen. In diesen Punkten liegt das „eigentümliche Pathos der Idee einer freien Ordnung.“

In Spielregeln liegen die Grundlagen kulturell verträglichen Umgangs von Menschen, die sie lernen und die ihnen anezogen werden müssen durch gute Beispiele, durch Charakter und Haltung.

Politische Stabilität, seine kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen beruhen nicht auf bürokratischer und zentralistischer Einförmigkeit, sondern auf einer Tradition der staatlichen und kulturellen Vielfalt. Kulturelle Eigenständigkeit ist ein Wert in sich. Eigenverantwortlichkeit ist ein Wert in sich.

Eigenverantwortlichkeit bringt Leistungen hervor, initiiert Lernprozesse und schafft Bindungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Ein wirksamer Föderalismus lebt vom Wettbewerb, von der Profilierung, von dem Herausbringen der eigenen Identität und der eigenen Stärken im Wettbewerb mit anderen. Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ist nicht Gleichförmigkeit und Nivellierung, sondern jeweils örtliche Ausprägung auf vergleichbarem Niveau.

Die Problemlösungsfähigkeit in einem zunehmend komplexer werdenden Staat wird ganz entschieden vom Funktionieren der dezentralen politischen Entscheidungs- und Handlungsebene abhängen. Von der kommunalen Selbstverwaltung bis hin zu wettbewerblichem Föderalismus. Autonomie macht transparent, teilt klare Verantwortung zu. Sie belohnt eigene Anstrengungen. Sie setzt allerdings deutlich stärkeren Willen zur politischen Führung voraus.

Eine geschriebene Verfassung allein reicht aber nicht aus, sie ist kein Selbstläufer. Das Ethos der Leistungsbereitschaft und die Kultur des Lernens sind die Grundlage der Solidarität. Eine Gesellschaft von Staatsbürgern und nicht von Staatskunden ist die Voraussetzung für den Erhalt der Freiheit. Entscheidend ist gerade der verantwortliche Bürger, nicht der betreute Untertan. Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit, denn Freiheit darf kein vergessenes Ideal werden.

Die Idee der Freiheit muss überall wieder stärker ihren Platz bekommen. Daran wirkt die Friedrich-Naumann-Stiftung aktiv mit. Staatsbürgerliche Bildung und Erziehung sind und bleiben deshalb der Kern des Bildungsprogramms der Stiftung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung bietet jährlich an die 1000 Veranstaltungen an, wobei z. B. im Jahr 2005 über 34.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer allein die Angebote der Theodor-Heuss-Akademie, dem Regionalprogramm und der Virtuellen Akademie wahrnahmen. Sie hat über 600 Stipendiatinnen und Stipendiaten sind sehr lebendige Beispiele über Talentförderung und Zukunftsorientierung. Es geht ihr dabei nicht nur um Wissen. Es geht auch um Charakter und Haltung. Es geht um glaubwürdigen Vorbildcharakter und Maßstäblichkeit bei zivilisatorischen ökonomischen und rechtlichen und gesellschaftlichen Standards.

„Wir müssen vorangehen in das Unbekannte, Unbewusste und Unsichtbare, wobei wir die Vernunft, die uns zu Gebote steht, dazu nutzen, beide, Freiheit und Sicherheit zu schaffen.“ schrieb Karl Popper.

Dazu müssen Menschen ermutigt werden. Dieser Aufgabe wollen wir uns stellen.